

Gerrit Bresch

Geschäftsführung, DIE LINKE.Kreistagsgruppe Steinfurt
Karlstr. 17, 48282 Emsdetten Telefon: +49 151 40346461 gerrit.bresch@die-linke-steinfurt.de

KLIMA & ENERGIE

Was tun Sie, um zu ermöglichen, dass weitere Flächen für Wind- und Photovoltaikanlagen freigegeben werden?

Um die Energiewende zu schaffen, müssen wir schnellstmöglich auf 100% regenerative Energiegewinnung umstellen. Wir wollen u.a. Solaranlagen auf Dächern von Neubauten zur Verpflichtung machen und Kommunen finanziell dabei unterstützen, eigene Projekte zur nachhaltigen Stromerzeugung vor Ort selbst realisieren oder fördern zu können.

Was tun Sie, um den Kohleausstieg noch vor 2035 vollständig zu vollziehen, um so die Klimaziele 2030 erreichen zu können?

Wir wollen den Kohleausstieg bereits spätestens 2030 vollzogen haben. Die Technik dazu haben wir schon längst, verschiedene Formen nachhaltiger Energieerzeugung und Speicherung, bspw. als grünem Wasserstoff. Dazu wollen wir den Ausbau erneuerbarer Energien mit großen staatlichen Investitionen fördern. Um den Strukturwandel sozial gerecht zu gestalten, müssen die Beschäftigten in ihrem neuen Job mindestens genau so gute Löhne erhalten, im Zweifelsfall muss die Lohndifferenz vom Staat ausgeglichen werden.

Was tun Sie, um klima- und umweltschädliche Subventionen abzubauen, insbesondere die Freistellung des Braunkohletagebaus von der Förderabgabe?

Alle umweltschädlichen Subventionen müssen schnellstmöglich sozial-gerecht abgebaut werden. Die staatliche Milliardensubvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und „Biokraftstoff“ wollen wir abschaffen. So spart der Bund 12 Milliarden Euro jährlich, welche dann für den Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien zur Verfügung stünden.

QUERSCHNITTSTHEMA MOBILITÄT

Was tun Sie, um klimafreundliche Mobilitätskonzepte (u.a. Tempolimit, Reduktion von Verkehrsnotwendigkeiten) zu etablieren?

Wir müssen Alternativen zum PKW schaffen, um die Verkehrswende zu schaffen und allen Menschen, die sich kein Auto leisten können oder keines führen können, ihr Recht auf Mobilität zu garantieren. Ein kostenloser, gut ausgebauter Bus- & Bahnverkehr muss durch Bürger:innen-Busse und Car-Sharing-Angebote ergänzt werden. Ein Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen, 80km/h auf Landstraßen und einer Regelgeschwindigkeit innerorts von 30km/h schont das Klima und sorgt für bessere Lebensqualität. So reduzieren wir schwere Unfälle, Verkehrstote und verringern Lärm und Staus. Außerdem brauchen wir mehr Radwege, die besser vom Auto- und LKW-Verkehr gesichert sind.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Perspektiven junger und alter Menschen bei der Gestaltung des ÖPNV berücksichtigt werden?

Wir als LINKE setzen uns für mehr demokratische Beteiligung von Bürger:innen ein. Ich persönlich habe mich bspw. auch mit unserer LINKEN Kreistagsgruppe in Steinfurt bei der Frage um die Zukunft des Flughafens in Greven für einfache Beteiligungsmöglichkeiten eingesetzt. Gleiches müsste auch bei der Planung neuer Verkehrskonzepte berücksichtigt werden und allen Menschen offenstehen, ohne Barrieren.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Anteil des Fahrrads am Modal Split zu erhöhen?

Wie bereits in der vorherigen Frage aufgegriffen, müssen wir mehr Radwege bauen, mehr Radwege an Straßenrändern ausweisen und gerade diese besser vor Auto- und LKW-Verkehr absichern. So machen wir das Radfahren attraktiver, bzw. auf vielen Strecken überhaupt erst möglich.

AGRAR- UND LANDWIRTSCHAFT

Wie wollen Sie eine deutliche Reduzierung der industriellen Nutztierhaltung erreichen?

Wir können nicht länger tierische Produkte zu Dumping-Preisen für den Weltmarkt produzieren. Megaställe lehnen wir ab und wollen den Umbau zu einer klimagerechten und gesellschaftlich akzeptierten Tierhaltung einleiten. Wir wollen dazu Tierhaltung an die Fläche binden und Bestandsobergrenzen einführen. Die Landwirt:innen müssen bei diesem Umbau finanziell unterstützt

werden und auch selbst wieder gut von ihrer Arbeit leben können, nicht nur die Großkonzerne und Superreichen wie Tönnies Milliarden Euro mit ihrer Arbeit verdienen.

Wie wollen Sie erreichen, dass vorrangig biologisch wirtschaftende Betriebe gestärkt werden?

Wir wollen Anbausysteme fördern, die Klima, Böden, Tiere und Pflanzen besonders schützen (zum Beispiel Ökolandbau, Paludikulturen, Permakultur, Agroforstsysteme, tief wurzelnden Nutzpflanzen). Dazu wollen wir ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für Landwirt:innen entwickeln, das nicht nur finanzielle Unterstützung leistet, sondern gleichzeitig Wissen für die sozial-ökologische Agrarwende für alle verfügbar macht.

Wie möchten Sie eine drastische Reduktion des Pestizid- und Kunstdüngereinsatzes umsetzen?

Wegen der vielen giftigen Pestizide ist Parkinson in Frankreich bereits als Berufskrankheit für Landwirt:innen anerkannt. Es liegt also in ihrem eigenen Interesse, auf biologische Anbauverfahren umzusteigen. Dazu müssen Sie aber auch finanziell in die Lage versetzt und über Alternativen aufgeklärt werden. Wir wollen die Wasserrahmenrichtlinie vorantreiben und Glyphosat und Neonicotinoide verbieten. Durch eine ambitionierte Reduktionsstrategie wollen wir die Agrarbetriebe beim Umbau zu umweltfreundlicherem Ackerbau unterstützen.

FORDERUNGEN UND FRAGEN ZUR DEMOKRATIESTÄRKUNG UND TEILHABE Wie fördern Sie das demokratische Engagement von Kindern, Jugendlichen sowie Älteren in Ihrer Kommune in Kooperation von Jugend- und Altenarbeit und anderen Akteuren vor Ort?

DIE LINKE setzt sich für mehr Teilhabemöglichkeiten, den Abbau von Barrieren und finanzielle und strukturelle Unterstützung der Jugend- und Altenarbeit vor Ort und generell demokratischem Engagement ein. Dazu wollen wir u.a. Bürger:innenräte fördern, bessere Aufklärung und politische Bildung finanzieren und das Gemeinnützigkeitsrecht reformieren.

Wie setzen Sie sich für eine Senkung des Wahlalters ein?

DIE LINKE fordert die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre in allen demokratischen Entscheidungsprozessen, also auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene, sowie bei Europa-Wahlen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Menschen, die bereits seit vielen Jahren in diesem Land leben, aber keinen deutschen Pass besitzen, ebenfalls ihre Lebensrealität in Deutschland durch eine Wahlentscheidung mitgestalten dürfen.

Wie berücksichtigen Sie die Bedürfnisse aller jungen und alten Menschen bei politischen Entscheidungen?

Wie bereits angesprochen möchten wir mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, sodass sich alle Menschen persönlich ohne große Barrieren einbringen können. Ich persönlich versuche bei politischen Entscheidungen und deren möglicher Konsequenzen die Bedürfnisse aller Menschen zu berücksichtigen und vertraue dabei auf die Wissenschaft und die von ihnen erwiesenen Fakten. DIE LINKE lässt sich dabei auch als einzige Partei im Bundestag nicht von Spenden von Konzernen, Banken oder Lobbyist:innen beeinflussen und fordert bessere Korruptionsgesetze, bspw. dem Verbot dieser Spenden, der Deckelung von Spenden von Privatpersonen und indem Spenden an Abgeordnete als Bestechung verboten werden – dies ist aktuell tatsächlich ganz legal. Diese Gesetze müssen auch besser kontrolliert werden, momentan ist dies Aufgabe einer Person: des nicht unabhängigen Bundestagspräsidenten.

Was werden Sie unternehmen – auch finanziell -, um junge und alte Menschen in Ihrer Kommune vor antisemitischer, rassistischer und rechtsextremistischer Hetze und Gewalt zu schützen?

Wir müssen klarmachen, dass Hass und Hetze keinen Platz in unserer demokratischen Gesellschaft haben. Das fängt bei persönlichem Engagement, aber auch in der Schule, mit besserer politischer Bildung und Aufklärungsarbeit an und hört beim konsequenten Vorgehen gegen rechtsextremistischen Terror und rechtsextreme Netzwerke in unseren Behörden auf. Wir müssen dem Hass die Grundlage entziehen - mit gleichen Rechten für alle, einem starken Sozialstaat und massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft zusammenhält – bezahlbarer Wohnraum, kostenfreier Bus- & Bahnverkehr, gute Gesundheitsversorgung, Arbeit und Bildung. Außerdem müssen wir demokratische Strukturen und Vereine finanziell stärker fördern, genau wie Opferberatungen und mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und Aussteiger:innen-Angebote.